

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 22.04.2021

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Frau Eckstein, Frau Krippendorf, Herr Daschke

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	27.05.2021
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	01.06.2021
Bauausschuss	02.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Rat	23.06.2021

Kurzbezeichnung:

**Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI;
hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Für den Märkischen Kreis, den Kreis Olpe und den Kreis Siegen-Wittgenstein befindet sich derzeit der Regionalplan in Neuaufstellung. Förmlich wurde das Verfahren mit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalrates Arnsberg als Träger der Regionalplanung am 7.12.2017 eingeleitet. Den Beginn des informellen Verfahrens, das der Vorabinbindung der Kommunen und weiterer Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange dienen sollte, markierte eine Auftaktveranstaltung am 11.01.2018. An die Auftaktveranstaltung schloss sich eine sehr umfangreiche Datenerhebung an, im Zuge derer die Stadt Siegen zahlreiche statistische Daten, Geodaten, Konzepte und weitere Informationen als Grundlage für die Entwurfserarbeitung an die Bezirksregierung Arnsberg als planaufstellende Behörde geliefert hat. Zusätzlich zu

dieser Datenerhebung hat die Bezirksregierung zu zwei Werkstattgesprächen (Januar 2019 und Februar 2020) nach Arnsberg eingeladen. Ergänzend zu den Werkstattgesprächen fanden im Erarbeitungszeitraum noch Politikgespräche und Regionalplanforen als Informationsveranstaltungen statt.

Die konkrete Entwurfserarbeitung erfolgte allein durch die Bezirksregierung Arnsberg, eine Vorabstimmung der zeichnerischen und textlichen Festlegungen mit den Kommunen hat weder in den noch nach den Werkstattgesprächen stattgefunden. Beide Werkstattgespräche fanden – anders als es der dargestellte Verfahrensablauf auf der Website der Bezirksregierung (Link: siehe unten) suggeriert, vor der Erstellung des Regionalplanentwurfs statt.

Am 10.12.2020 hat der Regionalrat den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplanentwurf gefasst. Die Offenlage der Planunterlagen findet aktuell – im Zeitraum vom 29.01.2021 bis zum 30.06.2021 statt. Auf Grund der äußerst umfänglichen Planunterlagen (siehe dazu Punkt A der Stellungnahme) und auch wegen der in einzelnen Kommunen feststehenden, nicht passenden Terminierungen der Sitzungsfolge vor der Sommerpause hat die Bürgermeisterkonferenz des Kreises Siegen-Wittgenstein eine Fristverlängerung beantragt. Diese Fristverlängerung wurde bisher nicht bewilligt.

Das Planwerk liegt derzeit bei der Bezirksregierung sowie beim Kreis Siegen-Wittgenstein, beim Märkischen Kreis und beim Kreis Olpe aus. Sämtliche Planunterlagen sind außerdem im Internet unter:

<https://www.bra.nrw.de/kommunalaufsicht-planung-verkehr/regionalrat-und-regionalentwicklung/regionalplan-arnsberg/raeumlicher-teilplan-maerkischer-kreis-kreis-olpe-siegen-wittgenstein-neuaufstellung>

einsehbar.

Die dort eingestellte „Story Map zur Neuaufstellung“ bietet einen Überblick über das Verfahren und sämtliche Planunterlagen.

Kernstück des Plans sind die textlichen und zeichnerischen Festlegungen sowie die Begründung. Die textlichen Festlegungen sind in Ziele und Grundsätze gegliedert.

Ziele der Raumordnung sind abschließend abgewogen und in der Bauleitplanung gemäß § 4 Raumordnungsgesetz zu beachten, das heißt, sie unterliegen nicht der bauleitplanerischen Abwägung, sondern müssen beachtet werden.

Dagegen sind **Grundsätze** in der Bauleitplanung der Kommunen lediglich zu berücksichtigen. Die Stadt Siegen kann somit in nachgeordneten Bauleitplanverfahren von Grundsätzen mit Begründung abweichen – sie unterliegen der nachfolgenden Abwägungs- und Ermessensentscheidung.

Die **zeichnerischen Festlegungen** werden im Einklang mit den textlichen Festlegungen getroffen und sind ebenfalls als Ziele und Grundsätze zu verstehen.

Der Planungshorizont, also die geplante Geltungsdauer des Regionalplans, reicht bis zum Jahr 2040. Daher ist es umso wichtiger, im Rahmen der städtischen Stellungnahme insbesondere Bezug zu nehmen auf die Regelungen in Form von Zielen, Grundsätzen und zeichnerischen Festlegungen, die die kommunale Planung und Planungshoheit einschränken wer-

den. Insgesamt befassen sich die textlichen Festlegungen des vorliegenden Entwurfs mit über 100 Zielen und Grundsätzen. In der beigefügten Anlage, also der städtischen Stellungnahme, wird nur auf die wesentlichen Ziele, Grundsätze und deren Ausrichtung eingegangen, die aus fachlichen Gesichtspunkten und/oder strategischen Gründen der Planungshoheit einer Überprüfung/Überarbeitung zugeführt werden oder entfallen sollten.

Wesentliche strategische Themen, die die kommunale Bauleitplanung in Form von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen beeinflussen werden, sind unter den Überschriften

- 4.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsbereich
- 4.2 Allgemeiner Siedlungsbereich
- 4.3 Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzungen
- 5.4 Natur und Landschaft
- 8.1 Windenergie

zu finden.

Der Aufbau der städtischen Stellungnahme orientiert sich an den Zielen und Grundsätzen der textlichen Festlegungen, die weiteren Planunterlagen sowie die zeichnerische Darstellung werden ebenfalls herangezogen. Die städtische Stellungnahme liegt dieser Vorlage als Anlage bei und wird nach entsprechender Beschlussfassung fristgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht.

Gemäß § 19 Landesplanungsgesetz NRW sind die Stellungnahmen zu erörtern. Von der Erörterung kann abgesehen werden, wenn den Stellungnahmen in vollem Umfang entsprochen wird oder die Beteiligten auf eine Erörterung verzichtet. Ein „Ausgleich der Meinungen“ ist demnach anzustreben. Bei wesentlichen Änderungen des Planentwurfs wird der Regionalrat beschließen, dass eine erneute Beteiligung zum Planentwurf durchgeführt wird. Der Regionalrat entscheidet über die Stellungnahmen und damit auch, ob der Aufstellungsbeschluss gefasst wird. Der Aufstellungsbeschluss im Regionalplanaufstellungsverfahren entspricht dem Satzungsbeschluss, somit dem abschließenden Beschluss für Bebauungspläne auf kommunaler Ebene. Ist der Aufstellungsbeschluss gefasst, wird der Regionalplan bei der Landesplanungsbehörde (Wirtschaftsministerium NRW) angezeigt. Nach der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW erlangt der Regionalplan Rechtskraft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Zwar stellt der Regionalplan eine Grundlage für eine nachhaltige und damit klimaschützende bzw. klimaangepasste Stadtentwicklung dar, konkrete Auswirkungen für das Klima gehen von der Planaufstellung jedoch nicht aus, da die Festlegungen nachfolgend in den konkretisierenden Bauleitplanungen berücksichtigt und umgesetzt werden.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.